

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 26 (1985)
Heft: 4

Rubrik: Zusammenhänge

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

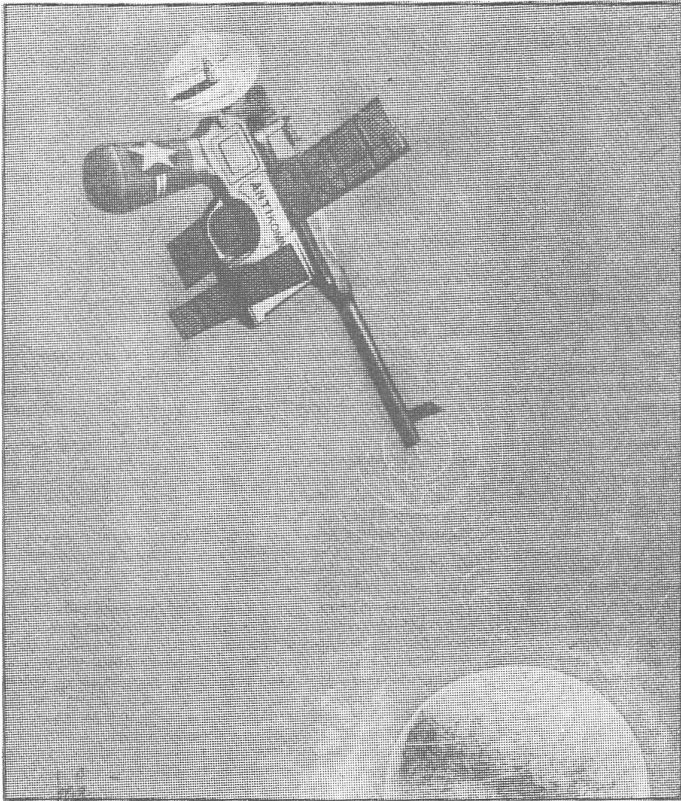
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Das ist aus dem Weltall jener Beschuss, vor dem man im Sowjetlager wirklich Angst hat: die anderweitige Information.

Illustration zu dem im Text erwähnten Beitrag von «horizont», Ostberlin, Nr. 1/1985

den Empfang österreichischer oder bundesdeutscher Sendungen ermöglichen.

Und in der Bereitschaft, sich der Herausforderung zu stellen, geht man sogar noch einen Schritt weiter. Für den ungarischen Bedarf in spe – und wahrscheinlich auch für den Export in den Westen – sei die Industrie bereits daran,

Parabolantennen zum Empfang von Satelliten-TV herzustellen.

Indessen ist Ungarn im Sowjetlager wirklich nur die Ausnahme, welche (solange sie darf) die Regel bestätigt. Denn die Moskauer Regelung ist anders.

Reichgestörte Sowjetunion

Zur sowjetischen Politik gehört es seit 1948, den Empfang ausländischer Sender zu stören. Trotz der Vereinbarungen von Helsinki 1975 im Rahmen der Europäischen Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE). Damals hatte sich Moskau bereiterklärt, den ungehinderten gegenseitigen Austausch von Gedanken und Informationen zu respektieren und zu gestatten. Indessen fühlt sich der Krenl an dieses Versprechen nicht gebunden und hat es nie eingehalten. Zurzeit unterhält die Sowjetunion allein auf ihrem Territorium über 3000 (dreitausend) Störsender. Diese Art der Zensur kostet sie (d. h. ihre Bevölkerung) jährlich rund 650 Millionen Franken.

Den Standpunkt Moskaus in Sachen Störsender hatte seinerzeit der sowjetische Vertreter Arkadi Soboljew bei einem Auftritt vor der UNO-Generalversammlung 1958 so dargelegt: «Wir verfügen über Nuklearwaffen, um einem Aggressor zu antworten. Und wir verfügen über Störsender, um zu verhindern, dass Subversion in die Sowjetunion hineingestrahlt wird.»

Aber warum ist ausseramtliche Information denn identisch mit gefährlicher Subversion? Wenn die sowjetischen Darstellungen so gut wären, dass sie sich auch angesichts von Konkurrenz zu behaupten vermöchten, dann bestünde ja keinerlei Gefahr. Dann könnte die Bevölkerung über alle Behauptungen der Feinpropaganda ja ruhig lachen. Indessen weiss die Sowjetführung, dass es im Falle eines freien Informationswettbewerbs für sie nichts mehr zu lachen geben wird.

Jakub Tete

Zusammenhänge

Zur Weltlage

- In Westeuropa steigt der Terror als Phönix aus der Asche vermeintlicher Überwindung. Die Wehrdienstverweigerung nimmt zu. Erneute Friedensdemonstrationen und Aktionen gegen Atomkraftwerke stehen zur Diskussion.
- Die «Ruhe» im Nahen Osten ist trügerisch, desgleichen in Zentralamerika.
- Um Angola, Moçambique und Namibia herrscht Verwirrung. Bisher auf Moskau ausgegerichtete Staatschefs bekunden den Wunsch, sich vermehrt dem Westen zuzuwenden.



Wie sind diese teilweise widersprüchlich scheinenden Entwicklungen zu beurteilen? Können sie in einen grösseren Zusammenhang glaubwürdig eingeordnet werden?

Sie können; und hier ist mehrmals auf jene grösseren Zusammenhänge hingewiesen worden, so unter anderem in ZB Nrn. 24/83 und 19/84. Wir rekapitulieren und ergänzen in aller Kürze:

Die Sowjetunion befindet sich in einer tiefgreifenden Wirtschaftskrise. Weil diese grösstenteils systembedingt ist, kann sie nicht selbständig überwunden werden. Namentlich werden von allen kommunistischen Regimen in nächster Zukunft so ausserordentliche Mittel zur Verhinderung einer gigantischen ökologischen Katastrophe abverlangt, dass ein Notstand kaum zu umgehen sein wird.

In solcher Lage wäre die Sowjetführung zu ganz erheblichen Konzessionen auf verschiedensten möglichen Ebenen gezwungen: Bereitschaft zur Abrüstung, Abbau des globalen Engagements, Verzicht auf Herrschaftsansprüche, Aufnahme von unpolitischen Wirtschaftsbeziehungen, Zusammenarbeit in den Fragen des Umweltschutzes, Zurücknahme der Subversion.

Derartige Konzessionen stellen andererseits die Sowjetführung in Frage und könnten, wenn

ingeräumt, den Anfang vom Ende der kommunistischen Regime andeuten.



Daher ist der Kreml zu einem harten Pokerspiel gezwungen, um den grossen Druck zu mildern und die unumgänglichen Konzessionen möglichst klein zu halten.

Andropow hat dieses Pokerspiel von Brezhnev übernommen, Tschernenko hat es mit interessanten Gewichtverschiebungen fortgesetzt. Seit 1982 hat Moskau fast alle Gespräche über Abrüstung abgesagt und Drohgesten gegen die Nato-Nachrüstung und gegen die Stationierung der Pershing-II-Raketen bekundet. Sie hat offensive Signale gesetzt beispielsweise mit dem Abschuss des Jumbo-Jets, mit den U-Boot-Manövern in schwedischen und norwegischen Hoheitsgebieten, mit der Luftraumverletzung gegenüber Schweden. Sie hat in diesen beiden Jahren die antiamerikanische Kampagne verstärkt und in Zentralamerika eine offene Krise auszulösen versucht.

Auf diese Weise sollte Westeuropa namentlich von Nordamerika isoliert werden. Darum auch

wurde Westeuropa im gleichen Zeitraum innenpolitisch weitgehend in Ruhe gelassen: Terror, Friedensdemonstrationen, Aktionen gegen Kernkraftwerke blieben auf Sparflamme gesetzt.

Doch Moskau muss in erster Linie Westeuropa im Visier behalten. Nur eine – wenn vorerst auch indirekte – Kontrolle über das westeuropäische Wirtschaftspotential kann das Sowjetregime retten. Es war seit langem zu erwarten, dass der politische Krieg gegen Westeuropa mit neuem Elan aufgenommen werden würde.

Denn in wichtigen Punkten ist der Kreml gescheitert. Die Friedensbewegung konnte sich nicht zu einer eigenständigen Kraft entwickeln; sie vermochte die Nachrüstung nicht zu verhindern. Die westeuropäischen Staaten haben sich von den USA nicht abkoppeln lassen. Der Krieg in Afghanistan konnte nicht beendet werden, und die grosse Krise in Zentralamerika unterblieb. Derweil haben die amerikanischen Wahlen Präsident Reagan ein Prestige verliehen, das westeuropäische Kritiker zwar nicht verstummen liess, ihnen aber die Wirksamkeit nahm. Jetzt bekunden die USA gar neuen Führungswillen.

Die sowjetische Reaktion ist nicht ausgeblieben. Das erste und wichtigste Symptom war die Bereitschaft, wiederum an Abrüstungsgesprächen teilzunehmen. Diese taktisch bedingte erste Umkehr ist von der zweiten begleitet: Die Schonfrist für Westeuropa ist vorbei, wie der neugeschürte Terrorismus beweist. Ihm dürften neue Impulse folgen, die der Friedensbewegung, der Anti-Kernkraftbewegung und den Wehrdienstverweigerern mittelbar vermittelt werden. Dem mochte auch der Warnschuss mit der «verirrten» Drohne gedient haben, die in Finnland abstürzte und möglicherweise auf Hamburg gerichtet war.

Auch der Prozess in Polen ordnet sich in dieses Gesamtbild ein. Er stellt eines der seltenen Eingeständnisse kommunistischer Machthaber über die Grausamkeit leninistischer Diktaturen dar und ist in diesem Sinne der Stalin-Kritik von Chruschtschew am 20. Parteikongress der UdSSR im Februar/März 1956 vergleichbar. Es ist ein untrügliches Zeichen der Überforderung sowjetischer Kräfte, dass dieser Prozess durchgeführt werden musste. Seine Verhinderung hätte zu einem Volksaufstand führen können, den zu meistern die Sowjetführung sich zurzeit wohl ausserstande sah.

Zentralamerika hat die Hoffnungen auf eine akute Krise ebenfalls nicht erfüllt; somit muss die Sowjetunion das Schwergewicht in den Nahen Osten zurückverlegen. Mit der angestrebten raschen Beendigung des Krieges in Afghanistan soll die Voraussetzung geschaffen werden, den sowjetischen Einfluss in der Region erneut aufzubauen, damit die Energiewaffe gegen Westeuropa eingesetzt werden kann.

Das südliche Afrika bleibt inzwischen im Hintergrund, weil die sowjetischen Mittel nicht mehr ausreichen, alle Töpfe gleichzeitig am Kochen zu halten.



Im Pokerspiel sind Ruhe und Gelassenheit wichtige Voraussetzungen für den Erfolg. Ruhe und Gelassenheit sind die Tugenden, die man jetzt den westeuropäischen Regierungen und Völkern in besonderem Masse wünschen muss. Es ist falsch, die USA zu drängen, sofort an den Verhandlungstisch für Abrüstungen zu sitzen. Je länger der Westen zuwartet, desto grösser werden die sowjetischen Konzessionen ausfallen. Es ist falsch, angesichts eines vorläufig wachsenden Terrors in Panik zu fallen. Es handelt sich um Verzweigungsakte gescheiterter Fanatiker. Es ist falsch, Osteuropa mit hoher Technologie und langfristigen Krediten jetzt auszuheilen. Die «terms of trade» werden sich selbsttätig für den verbessern, der abzuwarten weiss.



Erstmals seit einigen Jahren arbeitet die Zeit für die Demokratie und gegen den Totalitarismus sowjetischer Prägung. Aber das heisst nicht, dass wir getrost die Arbeit der Zeit allein überlassen dürfen.

Peter Sager

STEIGER
DRUCK AG
BERN



Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 412775

... Steiger druckt's

Einladung zum Abonnement

Zurücksenden an Administration ZeitBild, Jubiläumsstrasse 41,
CH-3000 Bern 6.

ZEITBILD

Ich bestelle ein Jahresabonnement
zu Fr. 45.- (Ausland sFr. 50.-/DM 57.-).
Erscheinungsweise alle zwei Wochen.

Name Vorname

Strasse PLZ, Ort

Datum Unterschrift

4/85